

VORTRAG VON HERRN DR. GUIDO BRUNNER

in Saarbrücken am 18. Mai 1978

EUROPA IN DER WELT

(Plädoyer für Liberalismus)

Ich darf zunächst dem Juniorenkreis der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes sehr herzlich für diese Einladung danken. Wir hatten vor einiger Zeit vereinbart, dass ich über Energie- und Forschungspolitik in Europa sprechen würde. So steht es wohl auch in Ihrer Einladung. Energie und Forschung sind natürlich zentrale Bereiche der Wirtschaftspolitik. Sie sorgen heute für Schlagzeilen. In der Kommission gehört Energie und gehört Forschung zu meinen unmittelbaren Zuständigkeiten.

Vielleicht darf ich aber doch vorschlagen, heute abend von diesem Thema etwas abzuweichen. Ich möchte mit Ihnen über die Europäische Gemeinschaft sprechen. Dies sind Gedanken, die mich seit einiger Zeit beschäftigen. Denn es werden jetzt immer häufiger Fragen gestellt und Vorschläge gemacht, die die Grundlagen der europäischen Verträge und das Integrationskonzept der Gemeinschaft antasten oder

sogar infrage stellen.

Zum Beispiel im Europäischen Parlament in der letzten Woche. Da dachte ein Abgeordneter der Labourfraktion darüber nach, ob denn die Römischen Verträge nicht überprüft werden müssten. Sollten nicht, so fragte er, die Wettbewerbsregeln völlig geändert werden. Denn das marktwirtschaftliche Konzept, das diesen Regeln zugrunde liegt, sei erdacht worden in einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte und des Wachstums. Diese Bedingungen seien heute nicht mehr festzustellen. Ausserdem sei dies ein Konzept für sechs Mitgliedstaaten gewesen, deren Ausgangslage und Entwicklung sehr ähnlich geartet sei. Von dieser Lage habe man sich bereits 1973 nach der ersten Erweiterung der Gemeinschaft entfernt. Doch stehe der Europäischen Gemeinschaft eine noch viel grössere Umwälzung in Gestalt der Süderweiterung bevor. Schon mit der ersten Erweiterung seien die Verträge überfordert worden. Um wieviel mehr müsse dies für die bevorstehende Mittelmeererweiterung zutreffen.

Vorgestern las ich einen Artikel in der französischen Zeitung LE MONDE. Er stammte aus der Feder des bekannten Politikers Michel Debré. Dieser Beitrag war ein eindringlicher Appell zur Rückbesinnung auf den Vorrang traditioneller Nationalstaatlichkeit. Dies sei das wahre Rezept für die Gebrechen unserer Zeit - für die anämische Wirtschaft ebenso wie für die Zerrüttung der öffentlichen Ordnung. Michel Debré erkennt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verfall der staatlichen Ordnung in Italien, der Tragödie Moros beispielsweise, und den Bemühungen um eine überstaatliche europäische Ordnung. Folgerichtig hält er die europäische Integration für schädlich. Es erscheint ihm entwürdigend, einen verantwortlichen Ressortchef seine Politik vor einem Brüsseler Kommissar vertreten zu lassen, einem Experten, dessen Beweggründe undurchsichtig sind, der in anderen sprachlichen und begrifflichen Kategorien denkt und der seine politische Verantwortung keineswegs ermessen kann: So in etwa wörtlich Michel Debré. Verantwortlich entscheidende Minister und ihre Geschicke souverän lenkende Staaten erscheinen ihm als die besten Schöpfungen und höchste Ausdruck menschlicher Zivilisation und gesellschaftlicher Ordnung.

Nun ist Debré gewiss ein jeder Form der Supranationalität besonders abholden Geist. Aber er steht keineswegs allein. Die Auffassung, dass der Nationalstaat die Quelle der Weisheit und die Krönung der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt, ist in Europa weit verbreitet.

Dies sind also keine willkürlichen Beispiele. Wir haben es hier mit Strömungen zu tun, mit denen sich diese Gemeinschaft in der Alltagsarbeit auseinandersetzen muss.

Zugegeben: Diese Strömungen werden noch bestärkt durch die heutige Wirtschaftslage. Dieser Alltag ist heute nicht mehr zu vergleichen mit der Lage vor zwanzig Jahren. Damals herrschten günstige wirtschaftliche Voraussetzungen. Es konnten erstaunliche Leistungen erzielt werden. Seit 1960 hat sich das BIP der Gemeinschaft vervierfacht. Die Industrieproduktion hat sich fast verdoppelt, der innergemeinschaftliche Handel verzehnfacht. Das war eine Zeit des Wachstums, der Zuversicht und des Vertrauens. Es war ein "problemloser" Gang der Wirtschaft.

Heute, dagegen, sind alle herkömmlichen Wirtschaftsmaßstäbe über den Haufen geworfen. Ich brauche Ihnen die neue Lage nicht im einzelnen zu schildern. Der spektakulärste Ausdruck war die Ölpreiskrise von 1973/74. Aber manches hat sich vorher angekündigt. Die Wende wurde im Währungsbereich eingeläutet. Das Weltwährungssystem von Bretton Woods gibt es heute nicht mehr. Doch Risse waren schon 1968/1969 zu erkennen, als die ersten schweren Dollarturbulenzen die Währungsmärkte in Unruhe versetzten. Schon damals musste der Dollar mit Milliardenbeträgen gestützt werden. Mit dem Ende der Goldkonvertibilität des Dollars, 1971, stand fest, dass das System nicht zu halten war. Der Verfall des Dollars nach der fehlgeschlagenen Restauration Anfang der 70iger Jahre hat uns belehrt, dass wir die Welt von Bretton Woods endgültig verlassen haben. Sie erinnern sich :

Im vergangenen Jahr verlor der Dollar gegenüber der DM 17 %. Und in wenigen Monaten stürzte der Kurs Anfang des Jahres um 6 %. Doch seit dem bisherigen Tiefstand von Anfang März 1978 hat sich der Dollarkurs dann plötzlich wieder um 6 % erholt. Jetzt haben wir den höchsten Dollarkurs seit Mitte Januar 1978. Der Dollar ist geblieben was er war - ein

Symbol. Zur Zeit des Wiederaufbaus war er ein Symbol der Ordnung, heute ist die Entwicklung des Dollars Ausdruck der monetären Willkür und wirtschaftlichen Unordnung, in die wir geraten sind.

Die Entwicklung des Welthandels ist symptomatisch für den drohenden Verfall unserer liberalen Ordnung. 1976 betrug das Wachstum des realen Welthandelsvolumens noch 11 %. 1977 waren es gerade noch 5 %. Und alle Schätzungen deuten darauf hin, dass 1978 keine grössere Dynamik erreicht wird. Das ist natürlich eine dramatische Entwicklung für eine Gemeinschaft, die 14 % des BIP im Aussenhandel erwirtschaftet.

Die weltweiten wirtschaftlichen Wirren haben deshalb die Gemeinschaft voll getroffen. Die Ölpreiskrise war das Startzeichen für eine beispielelose inflationäre Entwicklung. In den 60er Jahren lagen die Inflationsraten nahe beieinander. Doch von 1974 bis 1977 entwickelten sie sich immer mehr auseinander. Inzwischen gibt es eine Spanne von 25 % und mehr als 100 %. Manche Länder haben bedenkenlos Verschwendung betrieben und sich mit zweistelligen Inflationsraten abgefunden. Wohl haben wir erkannt, dass dieser Weg in die Sackgasse führt. Wir haben in der letzten Zeit Stabilitätsfortschritte erzielt. Aber der Inflationsbazillus ist in der Gemeinschaft noch immer lebendig. Wir dürfen ja nicht vergessen : Nicht überall sind

die Verhältnisse wie in der Bundesrepublik, wo jetzt niedrige Teuerungsraten wie zuletzt vor acht Jahren verzeichnet werden können.

Es sind heikle Strukturprobleme aufgetreten. Schon seit geraumer Zeit stellen wir im Bereich der industriellen Produktion Sättigungserscheinungen fest. Das sind Entwicklungen, die schon in den 60er Jahren begonnen haben. Hinzu kommt noch ein weiteres. Unsere Wettbewerbslage hat durch teure Rohstoffe und ein hohes Lohn- und Sozialniveau gelitten. Beispielsweise ist Rohöl heute fünfmal so teuer, wie vor der Krise. Das Lohnniveau in der Bundesrepublik, um ein anderes Beispiel zu nennen, liegt im Durchschnitt 17 % über dem der Vereinigten Staaten. Dies ist natürlich ein Spitzenwert in der Gemeinschaft. Aber er verdeutlicht doch eine Tatsache, nämlich dass die Erträge heute schmal geworden sind. Richtiger : Sie sind nicht nur klein, sie sind seit der Krise ^{sogar} beständig gesunken. Die Investitionsbereitschaft ist deshalb matt. Seit 1973 ist die Investitionsquote laufend zurückgegangen. In unseren modernen Volkswirtschaften wird das mit Wachstumseinbussen bezahlt. In der Gemeinschaft hat sich das Wachstum seit 1973 halbiert. Wo nicht investiert und wo weniger produziert wird, sieht es bös aus auf dem Arbeitsmarkt. Überall hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. Wir zählen heute über 6 Millionen Arbeitslose in der Gemeinschaft. Davon sind 40 % Jugendliche unter 25 Jahren. Die Bevölkerungsstruktur ist so, dass sich das Problem in den nächsten 6 Jahren noch verschärfen könnte. Dann werden nämlich 9 Millionen Jugendliche mehr auf den Arbeitsmarkt drängen als Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Leider kommt noch etwas hinzu. Wirtschaftlich streben die Neun eher weiter auseinander als dass sie sich näherkommen. Ich erwähnte schon die Entwicklung bei den Inflationsraten. Die Kluft ist grösser geworden. 1974 bis 1977 stiegen die Preise in den Mitgliedstaaten zwischen 25 % und 100 %. Beim Wirtschaftswachstum klafft eine Spanne zwischen minus 1 % und plus 10 %. Das Nord/Süd-Gefälle in der Gemeinschaft hat sich weiter vertieft. Dies also ist die Lage. Kein Zweifel : Wir sind weit entfernt von dem schönen Bild der Harmonie jener 50er und 60er Jahre. Die Gemeinschaft erlebt jetzt eine Stunde der Entscheidung. Die Frage ist, wie wird jetzt reagiert ? Was tun wir, um die Errungenschaften einer freien Wirtschaft und des Wohlstandes zu erhalten, die wir in zwanzig Jahren aufgebaut haben. Ich will die Antwort gleich vorwegnehmen. Wir sind drauf und dran das Falsche zu tun.

Zunächst : Wir reagieren defensiv. Wir sehen im Wettbewerb, in der Arbeitsteilung, im freien Austausch der Güter weniger eine Chance als vielmehr eine Quelle der Besorgnis und der Bedrohung. Zugegeben : Die sich abzeichnende Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung schafft grosse Probleme für die Gemeinschaft. Industriell erstarkte Entwicklungsländer wie Taiwan und Südkorea, Brasilien und Indien und Indonesien und andere nutzen ihre komparativen Vorteile. Sie überschütten uns mit billigem Stahl, mit Schiffen und Textilien und anderen Industrieerzeugnissen. Dies ist nicht notwendig Dumping, aber dies ist natürlich in hohem Masse unbequem, ja gefährlich für die hoch beanspruchten Industriestrukturen der Länder dieser

Gemeinschaft. Hier reagieren wir allergisch. Hier müssen wir uns mit Forderungen nach Übergangsmassnahmen und Handelsschutz auseinandersetzen.

Aber dies ist ja nicht das Einzige. Auch der Rahmen dieses gemeinsamen Marktes selbst wird nicht mehr ausgefüllt. Wir haben doch in den Gründerjahren starre nationale Grenzen in dieser Gemeinschaft geöffnet. Wir haben einen gemeinsamen Markt verwirklicht. Wir haben dies geschaffen, damit dieses Potential von den produktiven Kräften der Gemeinschaft genutzt wird. Damit stehen und fallen die Möglichkeiten dieser Union. Der Rahmen bleibt natürlich blutleer, wenn die Chancen nicht genutzt werden.

Nun beobachten wir aber, dass genau dies zunehmend geschieht. Auf die Krise der Rezession, auf den wachsenden Kampf um engere Märkte und knappere Nachfrage reagieren wir nicht operativ, nicht unternehmerisch. Vorgeschobene Positionen werden geräumt. Der Rückzug in den garantierten Marktanteil, in das sektorale, regionale oder nationale Gehege wird angetreten. Die so konsolidierten Positionen sollen möglichst mit Hilfe administrativer Regelungen gehalten werden.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Es liegt ja nahe, dass hier im Saarland über Stahl gesprochen wird. Stahl ist einer der Bereiche, in denen wir verwundbar sind. Der Druck kommt von aussen und vom Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft. Denken Sie nur an die sogenannten Brescianis. Das sind die norditalienischen Stahlproduzenten, die mit kleinen hochmodernen Anlagen zu den leistungsfähigsten Stahlproduzenten der Gemeinschaft gehören.

Es entspricht den Spielregeln, dass diese Betriebe Marktanteile gewinnen. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoll, dass die Ressourcen dort verwendet werden, wo sie die besten Erträge erwirtschaften. Doch die Lage ist nicht übersichtlich. Mit Beihilfen werden Ertragsrechnungen geschönt und der Wettbewerb korrigiert. Die Nachfrage ist auch nicht normal, sondern rezessionsbedingt zu schwach. Bestehende Kapazitäten in den Mitgliedstaaten können nicht einfach vernichtet werden. Dahinter steht auch die politische Bedeutung der Unterbeschäftigung. Die Wirtschaftsgeschehnisse enthalten grossen politischen Zündstoff. Wahlen und Regierungen hängen davon ab. Die Gemeinschaft hat inzwischen begrenzte Schutzmassnahmen beschlossen, um den Strukturwandel einzuleiten und die Folgen zu mildern. Im Stahlbereich haben wir produktionstechnisch eine Sonderlage. Hier ist Kapazitätsanpassung nur in Grenzen möglich. Wenn die Nutzung auf ein Niveau von 55 % herunterfällt, können die Anlagen nicht weiter gefahren werden. In anderen Bereichen, beispielsweise in der Textilindustrie sind flexiblere Anpassungsstrategien möglich. Hier können Betriebe auch noch mit 20 und 30 % Kapazitätsauslastung arbeiten. Die Kommission hat also Stützungsmaßnahmen beschlossen. Denn es kann natürlich nicht darum gehen, schonungslos Arbeitskräfte auf dem Altar der reinen Lehre zu opfern.

Solche Ausnahmen sind natürlich eine gefährliche Sache. Denn es wird ein Berufungsfall geschaffen. Es werden Dinge vorgeführt, die mit Marktwirtschaft kaum noch etwas zu tun haben.

Es werden Mindestpreise vereinbart, es werden Marktanteile festgeschrieben. Mit einem Wort : Es wird verwaltet und nicht gewirtschaftet. Wenn wir die Zeit nicht schleunigst für Strukturmassnahmen nutzen, tun wir unserer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit keinen Gefallen. Wir konservieren nicht leistungsfähige Strukturen und verschwenden Ressourcen. Denn es geht ja nicht nur um Stahl. Stahl ist ein wichtiges Vorerzeugnis. Damit baut man Autos und Schiffe. Wer darf sich wundern, wenn diese Erzeugnisse hinterher nicht mehr wettbewerbsfähig sind und ebenfalls in Schwierigkeiten geraten.

Nun hat man der Gemeinschaft einen Vorwurf gemacht. Man hat gesagt, sie sei die treibende Kraft für diese Industriepolitik. Ich glaube, dieser Vorwurf lässt sich nicht aufrechterhalten. Der Druck geht nicht von Brüssel aus. Sie sollten sich einmal das Besucherverzeichnis bei der Kommission ansehen. Brüssel ist zum Mekka kleinmütiger Unternehmer geworden. Alle haben sie Vorschläge zu machen, wie der Mangel am besten verwaltet, die Märkte gerechter aufgeteilt, die Nachfrage sinnvoller geregelt werden könnte. Diese Besucherlisten gleichen allmählich dem Branchenverzeichnis des Verbandes der europäischen Industrie. Dies sind also nicht nur zweite Adressen. Automobilproduzenten und Chemiekonzerne nehmen jetzt gerne den Weg nach Brüssel, nicht anders als Schraubenproduzenten und Feingarnspinner, und damit will ich nun durchaus keine Wertung vornehmen.

Wenn wir hier keinen Riegel verschieben, geraten wir in ein gefährliches Fahrwasser. Auf diese Weise wird strukturell und konjunkturell gesündigt. Strukturell wird die Freizügigkeit

der Produktionsfaktoren und damit jegliche Beweglichkeit schrittweise abgebaut. Die arbeitsteilige Verflechtung in der Gemeinschaft wird zurückgebildet. Das geht zu Lasten von Wettbewerbskraft und Wohlstand. Mit mehr Einsatz wird schliesslich weniger erwirtschaftet. Auf gut Deutsch : es werden Geld und Arbeit vergeudet.

Konjunkturrell führt dieser Weg zu einer Festschreibung der Rezession. Denn wir setzen unsere Kraft ja nicht mehr dazu ein, um das Steuer herumzureissen und die bestehenden konjunkturellen Verhältnisse zu ändern. Im Gegenteil. Mit fatalistischem Schulterzucken wird die Lage als unabänderlich hingenommen und nur darauf gesonnen, wie der noch vorhandene Spielraum am "gerechtesten" aufgeteilt werden kann.

Ein beunruhigendes Beispiel sind die Vorschläge zur Teilzeitarbeit. Was ist das anderes als die Annahme, dass Produktion und Nachfrage auch in der Zukunft stagnieren werden und nichts anderes übrig bleibt, als dies so hinzunehmen. Das, was noch zu tun bleibt, soll am Arbeitsmarkt so human wie möglich aufgeteilt werden. Ist dies nicht gefährlich ? Dies ist doch so, als wäre auch in Zukunft ein Überangebot an Arbeitsleistung zu unterstellen, als wollten wir behaupten, dass wir in Zukunft keine unerfüllten Wünsche mehr haben werden. Dies läuft darauf hinaus, dass wir dann wohl überhaupt nicht mehr zu wirtschaften brauchen, weil es ja dann in bezug auf den Bedarf keine knappen Güter mehr geben kann. Wäre es anders, könnten wir nicht annehmen, dass Arbeit, dieser knappe Produktionsfaktor par excellence, in Zukunft stets im Überfluss zu haben wäre. Welche Perversion der Verhältnisse: Nicht die Produktionsfaktoren, nein, der menschliche Bedarf soll also in Zukunft der Engpass sein !

Lassen Sie es mich rundherum sagen : Mit dieser Einstellung wird die Rezession nicht überwunden. Im Gegenteil. Wir richten uns häuslich in den engen Verhältnissen ein und suchen so gut wie möglich auf Dauer zu überwintern.

Es gibt eine weitere Gefahr. Nicht nur strukturell und sektoral beobachten wir eine Tendenz zur Egozentrik. Man verhält sich jetzt

Häufig so als seien die Einzelinteressen unvereinbar und nur im nationalen Alleingang wahrzunehmen. Ob die Unternehmer merken, dass sie damit die Tuchfühlung mit den Thesen Michel Debrés herstellen. Wir tun so in dieser Gemeinschaft, als könnten wir jeder auf eigene Faust mehr ausrichten als vereint. Es sei nur am Rande Bemerkte, dass damit freilich alle Realitäten der bisher erreichten wirtschaftlichen Verflechtung in der Gemeinschaft völlig ignoriert werden. Getreu der berühmten Devise Palmströms wird wieder einmal festgestellt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Vielleicht am grössten ist die Versuchung im Energiebereich. Natürlich ist dies einer der empfindlichsten Bereiche. Die Energiequellen sind in der Gemeinschaft nicht gleich verteilt. Die Mitgliedstaaten wachen eifersüchtig über ihre Energiemöglichkeiten. Doch der Kurs der Energiepolitik steht nicht voll zur Disposition einzelner Länder. Wichtige energiepolitische Daten werden international geregelt. Spätestens seit 1973 sollte dies Allgemeingut sein. Doch so einfach die Tatsache ist, so schwer fällt es der Gemeinschaft, danach zu handeln. Eine gemeinsame Energiepolitik stösst sich hart im Raum nationaler "Interessen".

Nehmen Sie zum Beispiel die Kohle. Der Kohlebergbau der Gemeinschaft steckt in der Krise. Es geht darum, dass wir kurzfristig nicht genug Gemeinschaftskohle absetzen können. Im Jahre 1977 hat die Gemeinschaftsförderung nur noch 225 Millionen t betragen. 250 Millionen t waren geplant. Doch die Nachfrage nach Gemeinschaftskohle geht weiter zurück und die Haldenbestände nehmen zu. Inzwischen haben wir 60 Millionen t auf Halde. 40 % der Jahresproduktion der Bundesrepublik liegen auf Halde. Die Nachfrage geht zurück, weil der Absatz aufgrund der Stahlkrise und der allgemeinen Wirtschaftslage stagniert. Und bei der Kohleverstromung macht billige Einfuhrkohle Konkurrenz. Die Gemeinschaftskohle ist

teuer, weil sie tief liegt und der Abbau grosse Kosten verursacht. In den USA und in anderen Ländern wird Kohle im Tagebau abgewonnen. Diese Kohle ist natürlich billig. Billige Drittländerskohle drängt deshalb in den gemeinsamen Markt. Die Nichtförderländer der Gemeinschaft decken sich mit billiger Drittländerskohle ein. Das senkt die Produktionskosten und macht wettbewerbsfähig. Die Frage ist jetzt : Sollen wir es hinnehmen, dass Schachtanlagen und Kokereien vernichtet werden ? Können wir es zulassen, dass die Option Kohle kaputtgemacht wird ? Eines ist sicher : Langfristig ist die Gemeinschaft auf Kohle angewiesen. Denn Mineralöl und Erdgas werden gegen Ende des Jahrhunderts erschöpft sein. Wir wissen aber nicht, ob wir bis dahin alternative Energiemöglichkeiten in ausreichender Menge haben werden.

Wir müssen also jetzt ausreichende Absatzmöglichkeiten für Gemeinschaftskohle schaffen. In den Förderländern lässt sich der Kohleabsatz kaum noch steigern. Dort wird ein Maximum an Kohle verbraucht. Also müssen auch die Nichtförderländer eingeschaltet werden. Doch diese ziehen es vor, billige Drittländerskohle zu verwenden. Aber langfristig sind sie natürlich an der Option Kohle interessiert. Hier muss die Gemeinschaft eingreifen. Wir haben Massnahmen vorgeschlagen, um den vermehrten Absatz von Gemeinschaftskohle zu fördern. Wir wollen Beihilfen gewähren, um die Gemeinschaftskohle im innergemeinschaftlichen Austausch wettbewerbsfähig zu machen. Damit erreichen wir folgendes. Wir erreichen damit, dass unsere Förderkapazitäten erhalten bleiben. Wir tragen damit zur Zukunftsvorsorge bei. Diese Energieoption wird in der Zukunft allen Mitgliedstaaten offenstehen.

Die kurzfristigen Kosten aber für diese Zukunftsoption wird auf alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft verteilt. Dies ist ein Beispiel für Gemeinschaftssolidarität in der Energiepolitik. Aber unsere Vorschläge treffen auf den verbissenen Widerstand der Nichtförderländer. Sie wollen möglichst beides haben, den kurzfristigen Vorteil, nämlich der billigen Einfuhren, und den langfristigen Vorteil, nämlich der von den Förderländern finanzierten Kapazitätsreserven.

Ein anderes Beispiel : Die Raffinerieindustrie der Gemeinschaft leidet unter dem Druck von Überkapazitäten, unter zunehmenden Drittlandseinfuhren und unbefriedigenden Preisen. Es werden riesige Verluste gemacht. Im letzten Jahr waren es 2,5 Milliarden Dollar. Wir müssen also Kapazitäten stilllegen. Eine ausgewogene Lösung und Verteilung der Anpassungslasten lässt sich nur auf Gemeinschaftsebene verwirklichen. Wir haben eine solche Lösung vorgeschlagen. Doch einzelne Mitgliedstaaten ziehen Alleingänge vor. Grossbritannien und Irland wollen freie Hand behalten.

Sie wollen sogar neue Raffinerien aufbauen. In anderen Ländern werden veraltete Raffinerien mit Beihilfen am Leben erhalten. Dem gegenüber will die europäische Kommission zusammen mit der Raffinerieindustrie Anstrengungen auf freiwilliger Basis unternehmen, um den zerrütteten Markt zu stabilisieren.

Kehren wir aber zu unserer Ausgangslage zurück.

Was wir also jetzt beobachten in Europa ist eine Tendenz zur Trennung zur Schwächung, zur Provinzialisierung. Wir sind in Gefahr, die weltweiten Vorteile des Gemeinsamen Marktes zu vermissen.

Wir geraten in Gefahr, von den Prinzipien der Zusammenarbeit abzukommen. Die Arbeitsteilung droht aus dem Bereich der Verträge auszuschieren und vom Freihandelniveau herunterzugleiten.

Sollte sich diese Entwicklung bestätigen, wäre es aus mit dieser Gemeinschaft. Dann könnten wir nur feststellen : Der Zweck ist erfüllt, jetzt machen wir alles ganz anders. Interessant wäre freilich, wie dieses ganz andere Konzept dann auszusehen hätte. Hierüber ist von seiten der Kritiker dieser Gemeinschaft sehr wenig zu vernehmen. Wie dem auch sei : Wir müssten dann aber auch bedenken, wohin der Weg uns führt. Die Bundesrepublik müsste sich beispielsweise darauf einstellen, dass dies dann auch der Anfang vom Ende der Marktwirtschaft in Deutschland wäre. Gut möglich, dass es die reine Marktwirtschaft in Deutschland nie gegeben hat. Aber auch weniger vollkommene Formen wären dann nicht mehr möglich, wenn in der übrigen Gemeinschaft die verwaltete Wirtschaft das Übergewicht gewinnen sollte. Die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, mit ausschliesslich nationalen Mitteln den Gang der Wirtschaft zu bestimmen, beweisen es : Die wirtschaftliche Verflechtung ist immerhin so weit gediehen, dass die autonom nationalen Lösungen an tausend Klippen scheitern.

Die grossen Probleme, denen wir uns heute in der Gemeinschaft gegenüber sehen, Arbeitslosigkeit, Inflation, Wachstumsschwäche, Energie- und Industrieprobleme, sind nur durch gemeinsame Anstrengung, durch gemeinsame Disziplin und gemeinsame Solidarität zu lösen. Weil die wirtschaftliche Verflechtung trotz mancher Rückschläge heute so weit gediehen ist, kann kein Mitgliedstaat, auch nicht der stärkste, so tun, als sei heute in der Gemeinschaft eine Oase des Wohlstands und des Gedeihens möglich, wenn der ganze Kontinent keine Stabilität mehr kennt.

Nun möchte ich aber folgendes hier mit Nachdruck feststellen. Noch immer ist die Marktwirtschaft in Europa eine Realität. Freilich, es ist eine gefährdete Wirklichkeit. Aber es ist eine Wirklichkeit, die noch immer mehrheitsfähig ist.

Deutschland muss dieses Konzept wollen, weil es die freie Wirtschaft braucht. Die Bundesrepublik ist auf den offenen Markt angewiesen. Der Export steuert über 20 % zum deutschen BSP bei. Annähernd 47 % der Ausfuhren gehen in die Gemeinschaft. Täglich kaufen die Partnerländer für 300 Millionen DM in Deutschland. Jeder achte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik hängt von den Ausfuhren in die Gemeinschaft ab. An dieser Tatsache gibt es nichts zu deuteln.

Wer die Marktwirtschaft aber heute behaupten will, kann sie nicht allein durchsetzen. Er muss Verbündete gewinnen. Er muss überzeugen, nicht überrumpeln. Er muss Offenheit vorführen, wo er sie von den Partnern erwartet. Ich bin nicht sicher, ob wir diese Wahrheit in Deutschland begriffen haben. Wir haben kein klares Verhältnis zu dieser Gemeinschaft. Vor einiger Zeit las ich den Aufsatz eines deutschen Beamten über internationale Energie- und Rohstoffpolitik. In diesem Aufsatz kam die Europäische Gemeinschaft überhaupt nicht vor. Wir haben uns in Deutschland angewöhnt, auf die Gemeinschaft das Subsidiaritätsprinzip anzuwenden. Grundsätzlich können wir selbst alles besser. Die Gemeinschaft darf aushilfsweise da und dort und gelegentlich tätig werden. Dies ist eine gefährliche Einstellung. Dieses Maginot-Denken ist doch das Gegenteil der Offenheit, die wir proklamieren und von unseren Partnern fordern. Dieser pragmatische Weg, die kleinen Schritte, zu denen wir uns allenfalls drängen lassen,

ist heute nicht mehr gangbar. Wir sind an dem Punkt angelangt, wo wir selber andere drängen müßten. Das deutsche marktwirtschaftliche Konzept muß abgestützt werden auf konkrete wirtschaftspolitische Aktionen in der Gemeinschaft. Die deutsche Europapolitik muß wieder mit Inhalt erfüllt werden.

Die Zeit drängt. Die Gemeinschaft muss auf eine neue Grundlage gestellt werden, wenn sie eine politische Kraft bleiben will die auf der Höhe der Zeit ist. Doch wie soll diese Grundlage aussehen ? Was ist zu tun ?

Zunächst einmal : Das Krisenmanagement darf nicht zur Dauer-einrichtung werden. Wir müssen verhindern, dass die Verwaltung von Teilbereichen und Märkten weiter wuchert. Dies ist heute keine Selbstverständlichkeit. Aber dies ist ein negatives Konzept. Das führt nicht voran. Damit vollenden wir nicht den gemeinsamen Markt.

Denn wir wollen anerkennen : Die Möglichkeiten der Verträge sind noch nicht ausgeschöpft. Der gemeinsame Markt ist nicht nur gefährdet. Er ist auch noch nicht perfekt. Immer weniger Bürger sind bereit, sich mit den subtilen Unterscheidungen der Rechtsgrundlagen und der Formalitäten abzufinden, die den freien Warenverkehr behindern. Macht es einen Reim, wenn Einfuhren aus Dänemark in die Bundesrepublik nach wie vor den gleichen Förmlichkeiten unterliegen, wie Einfuhren aus den USA ? Ist es verständlich, wenn trotz Zollunion neun verschiedene Verfahrensregelungen aufrechterhalten werden, je nachdem, in welchem Mitgliedstaat die Einfuhr vollzogen wird. Der amerikanische Exporteur in die Gemeinschaft hat es da deutlich schwerer als der Gemeinschaftsexporteur in die Vereinigten Staaten. Der empfindet

es als selbstverständlich, dass er dort ein einheitliches Zollrecht vorfindet. Ist es, mit einem Wort, zu vertreten, dass sich zwanzig Jahre nach dem Start ^{des} gemeinsamen Marktes und zehn Jahre nach dem Wegfall/Binnenzölle (in der Altgemeinschaft) an den Formalitäten beim grenzüberschreitenden Warenverkehr rein gar nichts geändert hat ?

Wer also die Einheit des Marktes und den freien Warenverkehr fordert, muss natürlich zunächst einmal die technischen Voraussetzungen schaffen. Wenn der gemeinsame Markt mehr als das arithmetische Mittel der früheren Zolltarife nach aussen und mehr als der Wegfall der Zölle im Inneren sein soll, dann müssen ^{jetzt endlich} ^{weitere} Schritte in Richtung eines freien Warenverkehrs getan werden.

Bei folgenden Hemmnissen muss angesetzt werden :

- Beim Grenzausgleich bei der Mehrwertsteuer aufgrund unterschiedlicher Sätze der einzelnen Mitgliedstaaten;
- bei der Erhebung von statistischen Daten bei der Aus- und Einfuhr;
- bei der Überwachung jener Waren, bei denen die Mitgliedstaaten keine gemeinsame Aussenhandelspolitik treiben (unterschiedliche Liberalisierung);
- beim Grenzausgleich für Agrarprodukte infolge unterschiedlicher Währungspolitik und bei den sogenannten Grünen Währungen;

- bei den Grenzkontrollen
- bei der währungspolitischen Zusammenarbeit
- bei den Ein- und Ausfuhrverboten bzw. Beschränkungen aus gesundheitlichen, ordnungspolitischen oder sonstigen Gründen;
- beim Grenzausgleich bei den Verbrauchssteuern aufgrund unterschiedlicher Verbrauchssteuerarten bzw. -sätzen.

Lassen Sie mich nur den einen Fall der Mehrwertsteuer herausgreifen. Damit werden ja hauptsächlich die 80.000 Zöllner in der Gemeinschaft gerechtfertigt, für^{die} der Bürger in einer Zollunion kein rechtes Verständnis mehr aufbringt. Hier wäre ein Durchbruch ein echter Fortschritt. Ich erinnere da an Bismarck. Er hat vor 100 Jahren einen grossen Einigungszwang von einer einheitlichen Finanzordnung erwartet. Er war überzeugt, dass den "zentrifugalen Anwandlungen einzelner Bundesregierungen" entgegengewirkt werden könnte. Für das Deutsche Reich hat er damals Recht behalten. Sollten wir hier bei der Europäischen Gemeinschaft versagen?

Das Problem wird heute in der Gemeinschaft mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Sätze und den Anspruch am Steueraufkommen immer wieder auf die lange Bank geschoben. Natürlich sind die Sätze unterschiedlich. Autos, beispielsweise, werden in der Bundesrepublik mit 12 % belastet, in Belgien mit 25 % und in Frankreich sogar mit 33 %.

Doch das Problem ist nicht unlösbar. An den neuralgischen Fragen der Sätze und des Aufkommens braucht ja nicht sogleich gerührt zu werden.

Ich kann dies im einzelnen hier nicht ausführen. Ich möchte aber doch nicht versäumen, daran zu erinnern, dass die Kommission dem Rat eine ganze Reihe von Vorschlägen zum Ausbau des gemeinsamen Marktes unterbreitet hat :

- Beseitigung technischer Handelshindernisse, z.B. bei Kraftfahrzeugen, landwirtschaftliche Zugmaschinen usw.
- Harmonisierung der Zollverfahren in den Mitgliedstaaten und Erhöhung der Freimengen im Reiseverkehr; Ausweitung der Zollbefreiung für Kleinsendungen
- Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr, z.B. für Reisevermittler, Lagerhalter, Zollagenten; Anerkennung der Diplome, z.B. für Ärzte, Zahnärzte, Architekten, Ingenieure, Tierärzte usw.
- Einführung des Statuts einer europäischen Aktiengesellschaft; Koordinierung der nationalen Schutzvorschriften im Gesellschaftsrecht

- gemeinsames Steuersystem für Unternehmensfusionen, für Mutter- und Tochtergesellschaften; Harmonisierung der Verbrauchssteuern, z.B. für Alkohol, Wein und Bier
- Koordinierung der Rechtsvorschriften und Liberalisierung im Versicherungswesen
- gemeinsame Handelspolitik für Erdöl und Erdgas.

Wir brauchen gemeinsame Politiken, gemeinsame Aktionen. Doch wir sollten Wert darauf legen, dass unsere Massnahmen die Gemeinschaft dem Bürger näher bringen. Nur so können wir die Gemeinschaft auf die Direktwahl vorbereiten. Wie kann man denn die Hoffnung hegen, dass diese Direktwahl ein Erfolg wird, wenn wir in der Europapolitik weiterhin unglaublich bleiben. Und dies ist ja sattem bekannt : Nichts wirft die Gemeinschaft weiter zurück, als ein neuer erfolgloser Anlauf. Wir haben jetzt den Punkt erreicht, wo jeder Farbe bekennen muss. Wer die Gemeinschaft bejaht, muß wissen, daß er sich damit auf weite Sicht zu den Vereinigten Staaten Europas bekennt. Und diese Vereinigten Staaten Europas sollten Vereinigte Staaten der Freiheit sein, auch in der Wirtschaft und auch bei den Grundrechten aller Europäer.

Es gibt in diesem Jahr und im nächsten eine günstige Konstellation. Im zweiten Halbjahr beginnt die deutsche Präsidentschaft und darauf folgt, nach Ablauf der 6 Monate, der französische Vorsitz in der Gemeinschaft. Frankreich und Deutschland könnten die Möglichkeiten des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages

zu einer gemeinsamen Initiative nutzen. Ein politischer Grundsatzbeschluss über eine begrenzte Vertragsfortentwicklung könnte unter deutscher Präsidentschaft auf dem Europäischen Rat Anfang Juli in Bremen gefasst werden. Daraufhin könnten sich Deutschland und Frankreich über ein gemeinsames Aktionsprogramm verständigen, z.B. zur Vollendung des gemeinsamen Marktes und dies in der Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschland und Frankreich könnten sich sodann während ihrer jeweiligen Präsidentschaft darum bemühen, dieses Initiativprogramm in den Gremien der Gemeinschaft voranzubringen. Die Voraussetzungen wären durch den politischen Grundsatzbeschluss über ein neues Entscheidungsverfahren im Rat zu schaffen. Es müsste grundsätzlich wieder möglich sein, mit Mehrheit zu beschliessen.

Das Ansehen und die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik stünden hinter dieser Aktion. Aus dieser Leistungskraft erwächst Verantwortung. Die alten Komplexe gegenüber deutschen Vorstößen sind fehl am Platz. Bei einem gemeinsamen Vorgehen mit Frankreich wären sie auch unbegründet. Die Besorgnisse unserer Partner gehen heute in eine ganz andere Richtung. Sie befürchten nicht die deutsche Initiative, sondern sie sorgen sich darum, dass Deutschland sich aus der Verantwortung stehlen könnte.

Um den Rest ist mir eigentlich nicht bange. Es mag sein, daß nicht jeder Politiker in Europa die Tragweite der Direktwahl zum Europäischen Parlament heute schon voll ermessen kann. Dennoch bleibt sie eine Entscheidung von historischem Rang. Dieses Parlament wird schon aus Selbstachtung nicht scheitern. Es wird sich schneller als mancher denkt zum entscheidenden Initiator gemeinschaftlicher Politik entwickeln. Selbst wenn manche dies nicht gerne hören, auch im Haushalt, selbst im Steuerbereich wird dieses Parlament die Initiative ergreifen. Schließlich wird es zu dem werden, was die Mehrheit der europäischen Bürger von ihm erwartet: zum Ursprung eines europäischen verfassungsgebenden Prozesses. In diesem Parlament werden die europäischen Grundrechte und das europäische Grundgesetz ihren Anfang haben.

Mit dieser Direktwahl wird sich das Europäische Parlament zur europäischen Constituante entwickeln.

Die Bundesrepublik Deutschland kann und muß dazu beitragen, daß dieses große Werk gelingt !
